

Ressourcen Politik

PolRess 2 – Policy Papier

Ressourcenpolitik und Klima- schutz

Analyse der Anknüpfungspunkte für die strate-
gische Weiterentwicklung der Ressourcenpolitik

Lisa Graaf, Klaus Jacob

Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU)

Dezember 2016

Ein Projekt im Auftrag des
Bundesumweltministeriums und des
Umweltbundesamtes (FKZ: 3715 11 110 0)

Laufzeit 04/2015 –4/2019



**Umwelt
Bundesamt**

Fachbegleitung UBA

Judit Kanthak

Umweltbundesamt

E-Mail: judit.kanthak@uba.de

Tel.: 0340 – 2103 – 2072

Ansprechpartner Projektteam

Dr. Klaus Jacob

Freie Universität Berlin

E-Mail: klaus.jacob@fu-berlin.de

Tel.: 030 – 838 54492

Projektpartner:

Freie Universität Berlin
Forschungszentrum für Umweltpolitik



Öko-Institut e.V.



Ecologic-Institute



Die veröffentlichten Papiere sind Zwischen- bzw. Arbeitsergebnisse der Autorinnen und Autoren. Sie spiegeln nicht notwendig Positionen der Auftraggeber oder der Ressorts der Bundesregierung wider. Sie stellen Beiträge zur Weiterentwicklung der Debatte dar.

Zitiationsweise: Graaf, Lisa; Jacob, Klaus (2016) Klimaschutz- und Ressourcenpolitik: Analyse der Anknüpfungspunkte für die strategische Weiterentwicklung der Ressourcenpolitik. Policy Papier im Projekt Ressourcenpolitik 2 (PolRess 2). www.ressourcenpolitik.de

Inhalt

1	<u>FRAGESTELLUNG & ZIEL</u>	<u>1</u>
2	<u>MAßNAHMENVORSCHLÄGE AUS DEM KLIMASCHUTZPLAN 2050 ALS ANKNÜPFUNGSPUNKTE FÜR DIE RESSOURCENPOLITIK</u>	<u>1</u>
2.1	ÜBERGREIFENDE INSTRUMENTE	1
2.2	NACHHALTIGE ROHSTOFFVERSORGUNG UND RESSOURCENEFFIZIENZ IN DER PRODUKTION	2
2.3	MONITORING UND PROZESSE.....	4
3	<u>MAßNAHMENVORSCHLÄGE AUS DEM DIALOGVERFAHREN DES KLIMASCHUTZPLANS 2050 ALS ANKNÜPFUNGSPUNKTE FÜR DIE RESSOURCENPOLITIK</u>	<u>5</u>
4	<u>FAZIT</u>	<u>7</u>
5	<u>LITERATUR.....</u>	<u>8</u>
	<u>ENDNOTEN</u>	<u>9</u>

1 Fragestellung & Ziel

Das Ziel dieses Papiers ist es, Maßnahmen der Klimaschutzpolitik zu identifizieren, die Anknüpfungspunkte für eine Weiterentwicklung der Ressourcenpolitik bieten. Die Grundlage dafür ist eine umfassende Analyse des Klimaschutzplans 2050 und ProgRess II (Graaf, Jacob 2016). Es wird in der umweltpolitischen Diskussion zwar immer häufiger darauf verwiesen, dass Ressourcenschonung auch für die Erreichung der Klimaziele zentral ist. Bei den konkreten Maßnahmen und Instrumenten werden die beiden relevanten Strategieprozesse – das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess I & II) und der Klimaschutzplan 2050 – allerdings noch weitgehend unverbunden entwickelt und umgesetzt, ohne die Potenziale einer gegenseitigen Bezugnahme systematisch zu nutzen.

Grundsätzlich ist eine Verbesserung der Ressourceneffizienz in den meisten Fällen synergetisch mit den Klimaschutzzielen (Werland et al. 2014). Wenn Materialien im Kreislauf geführt oder Prozesse so optimiert werden, dass weniger Material benötigt wird, ist dies in aller Regel mit einem geringeren Energieaufwand verbunden, als die Extraktion und Verarbeitung von Primärmaterialien und damit mit weniger THG-Emissionen. Die Umsetzung der Energiewende hat allerdings auch maßgebliche Rückwirkungen auf die Nutzung von Ressourcen, sei es der Bedarf an Materialien für Erneuerbare Energien, Elektromobilität oder Wärmedämmung oder die Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen als Treibstoff.

Diese möglichen Wechselwirkungen sollten beachtet werden und Synergien ausgeschöpft, Zielkonflikte vermieden werden. Vor diesem Hintergrund werden Handlungsansätze und Maßnahmen des Klimaschutzplanes 2050 dargestellt, die in langfristig-strategischer Perspektive (d.h. perspektivisch für die Weiterentwicklung von ProgRess III) als wichtige Anknüpfungspunkte gelten können. Die Maßnahmen werden jeweils auch mit den ursprünglichen Vorschlägen des BMUB (dem BMUB Hausentwurf zur Billigung durch die Leitung vom 20.4.2016) abgeglichen; dieser Hausentwurf ist nicht öffentlich verfügbar. Darüber hinaus werden die Vorschläge aus dem Dialogprozess einbezogen, bei dem Bundesländer, Kommunen, Verbände und Bürgerinnen und Bürger beteiligt waren. Damit wird nicht nur der Klimaschutzplan, sondern auch ein weiterer Ideenvorrat der Klimaschutzpolitik im Hinblick auf dessen Bedeutung für die Ressourcenpolitik untersucht.

2 Maßnahmenvorschläge aus dem Klimaschutzplan 2050 als Anknüpfungspunkte für die Ressourcenpolitik

Nachfolgend werden die Maßnahmen aus dem Klimaschutzplan 2050 den Kapiteln von ProgRess und synoptisch den dort vorgesehenen Maßnahmen zugeordnet oder deren mögliche Bedeutung für die Weiterentwicklung Ressourcenpolitik skizziert.

2.1 Übergreifende Instrumente

Klimaschutzplan	ProgRess
Prüfauftrag zur klimafreundlichen Fortentwicklung des Steuer- und Abgabensystems	➔ Ressourcensteuern könnten im Rahmen der Fortentwicklung der Ressourcenpolitik ein zentrales Instrument darstellen,

Klimaschutzplan	ProgRess
<p>(S. 75)ⁱ: für die Verursacher wird die Bundesregierung die ökonomischen Anreize stärken, die dazu beitragen die Umweltbelastung zu senken und in Richtung nachhaltiger Produktions- und Konsumweisen zu steuern.</p> <p>Hintergrund für den Prüfauftrag ist die Feststellung, dass die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einem treibhausgasneutralen Deutschland in vielen Fällen, wie bspw. für eine klimafreundliche Fortentwicklung des Steuer- und Finanzsystems, einen längeren Vorlauf erfordere.</p>	<p>um die Ressourceninanspruchnahme zu verringern. Die Besteuerung des Rohstoff-Inputs ist ein zentrales Motiv der ressourcenpolitischen Debatte (Werland, Jacob 2016).</p>
<p>Prüfauftrag zur Ausgestaltung der Förderung und Anreize für klimafreundliche Investitionen um nachhaltig umweltverträgliche Infrastrukturen zu realisieren (S. 76)ⁱⁱ.</p>	<p>➔ Der Fokus liegt in ProgRess derzeit auf dem Rückbau von nicht genutzten Infrastrukturen und der Sanierung bzw. Umbau von Abwasserkanalisation. Es könnte erwogen werden, die Überlegungen zur Ressourcenschonung auch auf die aus Klimaschutzgründen erforderlichen Infrastrukturen anzuwenden.</p>
<p>Es sollen Ergänzende Wohlfahrtsmaßstäbe zur Bewertung gesell. Fortschritts geprüft werdenⁱⁱⁱ (S. 77)</p>	<p>➔ Bei ergänzenden Wohlfahrtsindikatoren könnte der Beitrag der Ressourceneffizienz zur Vermeidung von THG und Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen aufgezeigt werden.</p>

2.2 Nachhaltige Rohstoffversorgung und Ressourceneffizienz in der Produktion

Klimaschutzplan 2050	ProgRess
<p>Um die Klimaschutzziele zu erreichen müsse die Kohleverstromung schrittweise verringert werden. Allerdings können konkrete Schritte dazu erst ergriffen werden, wenn es gelingt Zukunftsperspektiven für die betroffenen Regionen zu schaffen^{iv} (S. 30).</p>	<p>➔ Die zentrale Bedeutung von Braunkohle für THG Emissionen könnte zum Anlass genommen werden den Gegenstandsbe- reich von ProgRess auch auf Energieroh- stoffe zu erweitern. Energierohstoffe sind in den Stoffstromindikatoren (z.B. DMI, DMC, RMC) zentral und demzufolge</p>

Klimaschutzplan 2050	ProgRess
	<p>auch im Indikator der Nachhaltigkeitsstrategie Rohstoffproduktivität miterfasst.</p>
<p>Ein einheitliches Klima-Reporting von Unternehmen (S. 62), das auf bestehenden Berichtsinstrumenten aufsetzt, soll gestärkt werden^v. Es soll v.a. zur Transparenz beitragen und als Entscheidungsgrundlage für die strategische Ausrichtung zukünftiger Investitionen, aber auch für Informationen für die Verbraucher, dienen.</p>	<p>➔ Bei einer Neufassung der Pflichten zur Berichterstattung nicht-finanzieller Aspekte (bis Frühjahr 2017 sollen Arbeiten zur Vorbereitung der unverbindlichen Leitlinie, inkl. der Ergebnisse einer Konsultation, von der EU KOM vorgelegt werden¹) sollte erwogen werden auch Aspekte der Ressourcennutzung aufzunehmen. Zu prüfen wäre weiterhin, inwieweit solche Key Performance Indicators (KPI) zu RE umgekehrt auch auf Aspekte der Energienutzung und des Klimaschutzes ausgeweitet werden könnten.</p>
<p>Im Leitbild zum Kapitel Industrie und Wirtschaft wird als wichtiges Element des Modernisierungspfades^{vi} eine Hocheffizienzstrategie zur Minderung des Ressourcen- und Energiebedarfs in der Produktion (S. 58) genannt. Dies wird aber weder als konkrete Maßnahme formuliert, noch in anderen Förderprogrammen darauf Bezug genommen^{vii}.</p>	<p>➔ Sollte eine solche Strategie vom (vermutlich) BMBF erarbeitet werden, könnte dies ein wichtiger Ansatzpunkt sein, um Energie- und Ressourceneffizienz zusammen zu denken und die Lebenszyklusperspektive zu verankern.</p>

¹ http://ec.europa.eu/finance/company-reporting/non-financial_reporting/index_de.htm#news

2.3 Monitoring und Prozesse

Klimaschutzplan 2050	ProgRess
<p>Im Klimaschutzplan 2050 heißt es, dass der Gegenstand der Beteiligung zur Fortschreibung des Klimaschutzplans auch die Formulierung von Leitbildern und transformativen Pfaden („Vision 2050“) zur Erreichung des Ziels der weitgehenden Treibhausgasneutralität Deutschlands sein wird (S. 84). Nach der Evaluation des 2015/2016 durchgeführten Dialogprozesses zum Klimaschutzplan 2050 wird entschieden, wie dieser gesell. Prozess organisiert wird.</p>	<p>➔ Bei der Beschreibung der „transformativen Pfaden“ und Leitbildern im Rahmen des Klimaschutzplanes sollte Ressourceneffizienz / Ressourcenschonung als Thema eingebracht werden (S. 40). Insbesondere die (Zwischen-) Ergebnisse des RTD- Vorhabens des UBA („Ressourcen- und treibhausgasneutrales Deutschland 2015“) könnten dort einfließen.</p>
<p>Im Klimaschutzplan 2050 wird eine Kommission Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung^{viii} angekündigt (S. 35), die beim BMWI angesiedelt wird. Sie soll zur Unterstützung des Strukturwandels einen Instrumentenmix entwickeln, der wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammen bringt.</p>	<p>➔ In der Kommission sollte auch das Thema Ressourceneffizienz bzw. Ressourcenschonung verankert werden.</p>
<p>Um der Bedeutung regionalen und lokalen Handelns für den Klimaschutz Rechnung zu tragen, soll geprüft werden, auf welche Weise dem Klimaschutz auf regionaler und lokaler Ebene^{ix} ein höheres Gewicht zukommen gelassen werden kann (S. 83).</p>	<p>➔ Mit ProgRess II könnte an den Prüfauftrag angedockt werden, ob und wie neben Klimaschutz auch Ressourceneffizienz bzw. Ressourcenschonung bspw. als kommunale Aufgabe verankert werden kann.</p>
<p>Die Ergebnisse umfassender Impact Assessments zu den einzelnen Sektorzielen^x des Klimaschutzplanes sollen mit den Sozialpartnern diskutiert werden, um so eine Anpassung 2018 zu ermöglichen (S. 26; auch Präambel).</p>	<p>➔ Impact Assessments wie im Klimaschutzplan könnten ggf. auch in der Ressourcenpolitik genutzt werden, um Vorbehalte hinsichtlich konkreter rohstoff- oder sektorbezogener Ziele zu überwinden.</p>
<p>Um Fragen mit Blick auf Städte und Gemeinden der Zukunft (Bedeutung von IKT, der Vernetzung relevanter Sektoren und der Flexibilität in der Gestaltung) ressortübergreifend zu bearbeiten, wird im Klimaschutzplan 2050 auf den 2015 eingerichteten intermi-</p>	<p>➔ Der IMA, der unter Federführung des BMUB tagt, könnte genutzt werden, um die Synergien der nachhaltiger Stadtentwicklung und Bauen für Klimaschutz und Ressourcenschonung zu betonen und u.a. an das Interesse des Deutschen Städte- und Gemeinderats am Thema RE anzuknüpfen.</p>

Klimaschutzplan 2050	ProgRess
nisteriellen Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ verwiesen (S. 45).	

3 Maßnahmenvorschläge aus dem Dialogverfahren des Klimaschutzplans 2050 als Anknüpfungspunkte für die Ressourcenpolitik

Nachfolgend werden die Maßnahmenvorschläge des Dialogverfahrens zur Erstellung bzw. Beratung des Klimaschutzplanes 2050 dargestellt. Es gab einen Bürgerbeteiligungs- sowie einen Stakeholderprozess (Verbände-, Kommunen-, Bundesländerforum); all diese Gruppen entsandten Delegierte in ein Delegiertengremium, die dann wiederum über die konsolidierten Maßnahmenvorschläge abstimmten. Für die Maßnahmenvorschläge sind die Empfehlung der verschiedenen Gruppen – zur Aufnahme in den Klimaschutzplan empfohlen bzw. nicht empfohlen – je separat nachvollziehbar und werden entsprechend hier aufgeführt.

Dialogprozess Klima2050	ProgRess II
<p>Einführung einer CO₂-Steuer und Umsetzung des Verursacherprinzips (Einnahmen aus der CO₂-Steuer fließen in Klimafond, dessen Mittel zur Finanzierung von Forschung zu und des Ausbaus von Erneuerbaren Energien genutzt werden; vollständige Internalisierung aller externen Kosten der konventionellen Energieerzeugung und Einbezug aller Emittenten)</p> <p>>> KSP-E-21, S. 112 („Bürgermaßnahme“²; bei den Teilnehmenden des Kommunen- und Verbändeforums, des Online-Bürgerdialogs und des Delegiertengremiums haben 51-89% derer, die sich nicht enthalten haben, für die Aufnahme in</p>	<p>→ Ein Anknüpfungspunkt ergibt sich hier mit Blick auf die Besteuerung von Ressourcenverbrauch und Internalisierung der externen Kosten der Rohstoffgewinnung und -nutzung.</p>

² Als reine **Bürgermaßnahme** sind die Maßnahmen des Dialogprozesses gekennzeichnet, die im Rahmen des Bürgerbeteiligungsprozesses eingebracht, aber nicht mit den Stakeholder-Maßnahmen zusammengeführt wurden. Im Nachgang konnten die Beteiligten des Verbände-, des Kommunen- sowie des Bundesländerforums schriftlich eine Empfehlung zu den Vorschlägen aus dem Bürgerdialog aussprechen.

Dialogprozess Klima2050	ProgRes II
<p>den Klimaschutzplan gestimmt; nur im Bundesländerforum gab es mehr Nein-Stimmen, d.h. tendenziell nicht zur Aufnahme empfohlen.)</p>	
<p>Einführung einer Klimaabgabe für die Produktion, Verpackung, Logistik und Entsorgung von Produkten in Abhängigkeit des Ressourcenverbrauchs und der Bildung schädlicher Klimagase</p> <p>>> KSP-IGHD-12, S. 149 („Bürgermaßnahme“; Kommunenforum und Online-Bürgerdialog empfiehlt die Aufnahme mehrheitlich; das Delegierten sowie Verbände forum sind mehrheitlich gegen eine Aufnahme; bei den Bundesländern haben sich mehr als die Hälfte der Abstimmenden enthalten (d.h. keine Empfehlungstendenz)</p>	<p>➔ Ein Anknüpfungspunkt ergibt sich hier mit Blick auf die Besteuerung von Ressourcenverbrauch. Explizit wird die Entsorgung genannt. Die Abgabe könnte nicht nur nach Klima- sondern auch nach Ressourcenschonungsaspekten gestaffelt werden.</p>
<p>Kennzeichnung der Produkte nach ökologischem Fußabdruck (für möglichst viele Produkte; das Umweltlabel soll Klima-, Energie- sowie CO₂-Bilanzen des gesamten Lebenszyklus' berücksichtigen; außerdem zusätzlich Informationen über Recyclingmöglichkeiten, Lebensdauer, Reparaturfähigkeit, Nachverfolgbarkeit der Rohstoffe, Arbeitsbedingungen bei der Herstellung).</p> <p>>> KSP-IGHD-08, S. 139 („Bürgermaßnahme“; über 90% der Bürger sowie das Delegiertengremiums empfehlen die Aufnahme; beim Kommunen- und Verbände forum sind es zw. 51-89 % die die Aufnahme empfehlen; im Bundesländerforum spricht sich mehr als die Hälfte für die Aufnahme aus, im Gegensatz dazu sprechen sich u.a. VRB, DIHK, BV Glas, BDI, DEBRIV, ZIA gegen die Empfehlung aus.</p>	<p>➔ Unterstützung für das im IUP genannte „2. Preisschild“; neben der Information zur Recyclingfähigkeit könnte in Bezug auf Produkte auch eine Lebenszyklusperspektive unter Berücksichtigung von Vorketten einen Anknüpfungspunkt für ProgRes darstellen (und damit Anreize zur Nutzung von Sekundärmaterialien geben).</p>
<p>Reform Dienstwagenbesteuerung & Mindestanteil THG-neutraler Fahrzeuge in Flotten</p> <p>>> KSP-V-08, S. 226 (Bei den Bundesländern stimmten mehr als die Hälfte für die Aufnahme der Maßnahme in den Klimaschutzplan; bei den Bürgern, Kommunen- und Delegiertengremium waren jeweils mehr als 90% für eine Aufnahme; im Verbände forum sprachen sich 51-89% dafür aus.) Dafür stimmten u.a. Brot für die Welt, DBV, NABU, B.A.U.M., BUND, VCD; dagegen stimmten</p>	<p>➔ Eine Reform oder eine Abschaffung der pauschalen Besteuerung ist auch aus der Perspektive der Ressourcenpolitik bzw. Materialnutzung zu rechtfertigen, da Dienstwagen überproportional groß und schwer sind.</p>

Dialogprozess Klima2050	ProgRess II
u.a. DVF, BDI, DIHK, VDA; enthalten haben sich VDV, DSLV, VDB.	
<p>Förderung biologisch abbaubarer Verpackungen (Verbot Plastiktüten & Subvention biologisch abbaubare Verpackungen)</p> <p>>> KSP-IGHD-09, S. 142 („Bürgermaßnahme“; Kommunen, Bürger, und Delegierte empfehlen die Aufnahme mehrheitlich (>90%); im Verbände-forum sind es 51-89% die dafür stimmen; bei den Bundesländern stimmen mehr mit Ja als mit Nein)</p>	<p>→ Erwägenswert ist die Aufnahme der Forderung im Sinne einer Reduktion des Kunststoffeinsatzes insgesamt und der Entwicklung entsprechender Instrumente (vgl. Verbot von Plastikgeschirr in Frankreich ab 2020).</p>

4 Fazit

Die Analyse der Maßnahmen, die im Rahmen der Formulierung der aktuellen Klimaschutzpolitik mit dem Zeithorizont 2050 beschlossen, bzw. diskutiert wurden (Klimaschutzplan 2050 und Dialogverfahren) bieten Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung der Ressourcenpolitik. Einige Maßnahmenvorschläge aus dem Klima2050-Dialogprozess gehen deutlich über die in beiden Strategien (ProgRess II und Klimaschutzplan 2050) vorgesehenen Instrumente hinaus und machen über die jeweilige Empfehlungstendenz den potenziellen Unterstützerkreis deutlich (bspw. für Ressourcensteuern und -abgaben).

Im Klimaschutzplan 2050 werden für die Handlungsfelder Bauen & Wohnen, Industrie & Wirtschaft, Mobilität, Landwirtschaft, Landnutzung und Energiewirtschaft Leitbilder formuliert, die beschreiben, wie eine klimafreundliche bzw. -neutrale Ausgestaltung des jeweiligen Handlungsfeldes im Jahr 2050 aussehen soll. Daraus lassen sich auch die für die jeweilige Zielerreichung notwendigen Systeminnovationen ausmachen – neben technologischen sind dies auch soziale und institutionelle Innovationen. In jedem Fall wird deutlich, dass für die Erreichung der Visionen des Klimaschutzplans und die dafür notwendigen Systeminnovationen Ressourcenpolitik eine relevante Rolle spielt. An dieser Stelle seien nur einige Beispiele genannt: im Handlungsfeld Bauen & Wohnen der Blick auf die lange Nutzungsdauer, auf hochwertiges Recycling von Gebäuden oder flexibles Bauen; beim Leitbild für eine klimaschonende Industrie & Wirtschaft u.a. beim Einsatz von Sekundärrohstoffen, der Kaskadennutzung sowie dem Konsum ressourcenschonender Produkte; beim Thema Mobilität z.B. beim geringeren Flächenverbrauch (d.h. weniger Baustoffe für die Verkehrsinfrastruktur), beim Thema Digitalisierung (ressourcenschonende IKT), sowie dem ressourcenschonenden Abbau bzw. der Kreislaufführung der benötigten High-Tech-Materialien für e-Mobility.

In all diesen Handlungsfeldern leistet die Ressourcenpolitik einen substantiellen Beitrag auch zur Erreichung der Klimaziele. Diese Synergien können in der Weiterentwicklung der Ressourcenpolitik betont werden und Legitimation für eine langfristig angelegte, transformative Ressourcenpolitik bieten – die auch auf die oben aufgelisteten weitreichenden Maßnahmenvorschläge zurückgreift.

5 Literatur

- Bundesregierung (2016) [ProgRess]: Deutsches Ressourceneffizienzprogramm II. Programm zur nachhaltigen Nutzung und zum Schutz der natürlichen Ressourcen. (Hg.) Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). März 2016, Berlin.
- Bundesregierung (2016): [Klima2050] Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Stand 11.11.2016, 11:33
- BMUB (2016a): Klimaschutzplan 2050 – unveröffentlichte, hausinterne Fassung vom 20.4.2016
- Graaf, L. & Jacob, K. (2016): Ressourcenpolitik und Klimaschutz – Analyse der Anknüpfungspunkte zwischen Maßnahmen und Handlungsfeldern des Ressourceneffizienzprogramms ProgRess und dem Klimaschutzplan 2050. Vertiefungsanalyse im Rahmen des PolRess2-Projektes. www.ressourcenpolitik.de
- Werland, S., Graaf, L.; Jacob, K.; et al. (2014): Nexus Ressourceneffizienz und Energiewende. Eine Analyse der Wechselwirkungen. Berlin. www.ressourcenpolitik.de
- Werland, S & Jacob, K. (2016): Diskursnetzwerkanalyse – Ressourcenpolitische Handlungsansätze. Vertiefungsanalyse im Rahmen des PolRess2-Projektes. www.ressourcenpolitik.de

Endnoten

-
- ⁱ BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016 (nicht öffentlich verfügbar): hier heißt es „Weiterentwicklung ökologische Steuerreform“ (S. 61). Diese soll durch die Besteuerung des Ressourcenverbrauchs bei geeigneter Ausgestaltung kosteneffizient Anreize für klimafreundliches Wirtschaften schaffen und dabei auch die ökologischen Belastbarkeitsgrenzen als Maßstab für diese Kostenberechnung nutzen. Es soll außerdem ein übergreifendes Konzept für Internalisierungsoptionen entwickelt werden. Als Prüfauftrag wird festgehalten, inwiefern zusätzliche Abgaben auf fossile Kraftstoffe und Heizstoffe die Nachfrage umwelt- und klimaschonender Technologien unterstützen und stimulieren können (S. 62).
- ⁱⁱ BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016: hier heißt es, dass zur Vermeidung von Fehlanreizen bei Investitionen auch gehöre, aus Umwelt- und Klimaschutzsicht nicht vertretbare Vorhaben, Projekte und Technologien nicht länger finanziell zu unterstützen; darüber hinaus sollte ein Kriterienkatalog für die umwelt- und klimagerechte Anlage öffentlicher Gelder erarbeitet werden (S. 63).
- ⁱⁱⁱ BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016: es wird explizit auf den Nationaler Wohlfahrtsindex (NWI) verwiesen, für den geprüft werden soll, ob er dem BIP zur Seite gestellt werden kann; dieser beinhalte u.a. auch Klima-Komponenten wie „Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger“ oder „Schäden durch Treibhausgase“ (S. 64)
- ^{iv} BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016: „Ausstieg aus der Stromerzeugung aus Braunkohle deutlich vor 2050“ (S. 20).
- ^v Im BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016 ist das Festschreiben eines **verbindlichen** Klimareportings für KMU vorgesehen (mit Verweis auf die Umsetzung der EU-Richtlinie 2014/95 über die Berichterstattung zu nicht-finanziellen Informationen) (S. 50)
- ^{vi} BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016: „Transformationspfades“ (S. 45).
- ^{vii} Im BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016 werden Förderprogramme zur modellhaften Erprobung der Transformation im Rahmen der NKI benannt (S. 50).
- ^{viii} BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016: Hier heißt die Kommission „Klimaschutz und Vollendung der Energiewende“ (S. 26). Es wird auf die Notwendigkeit der schrittweisen Reduzierung der Kohleverstromung verwiesen (im Klimaschutzplan 2050 fehlt dieser Verweis), aber auch, dass dieser Prozess sozial- und industriepolitisch klug durchgeführt werden müsse. Die Kommission solle den Transformationsprozess in der Energiewirtschaft beschreiben, d.h. wie die Klimaziele erreicht, gleichzeitig aber auch Versorgungssicherheit für Industrie und Verbraucher und wettbewerbsfähige Energiekosten erhalten werden können; Ergebnisse sollten Mitte 2017 vorgelegt werden.
- ^{ix} BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016: hier heißt es „... verbindlich ein höheres Gewicht zukommen zu lassen“ (S. 68).
- ^x Im BMUB-Hausentwurf vom 20.4.2016 ist kein solcher Verweis enthalten.